

9-Euro-Ticket: Streit um Anschlussfinanzierung geht weiter



Millionen Menschen haben sich ein 9-Euro-Ticket gekauft. Foto: Boris Roessler/dpa

Die Nachfrage nach dem 9-Euro-Ticket bleibt groß - Immer neue Vorschläge für eine Anschlussfinanzierung liegen auf dem Tisch. Der Finanzminister ist jedoch nicht überzeugt.

Die Nachfrage nach dem 9-Euro-Ticket bleibt hoch: Seit dem Verkaufsstart Ende Mai bis einschließlich Montag sind dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) zufolge bundesweit 38 Millionen 9-Euro-Tickets verkauft worden. „Hinzu kommen die jeweils etwa zehn Millionen Abonentinnen und Abonenten, die monatlich das vergünstigte Ticket automatisch erhalten“, teilte der Verband am Montag mit. Ferienbedingt habe der VDV lediglich einen leichten Rückgang bei den Verkäufen festgestellt.

„Die aktuellen Zahlen bestätigen nach wie vor unsere Prognose von monatlich etwa 30 Millionen 9-Euro-Tickets“, hieß es von VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff. Dafür müssen allerdings die rund zehn Millionen Abonentinnen und Abonenten, die sich nicht extra ein 9-Euro-Ticket kaufen mussten, jeden Monat neu mitgezählt werden.

Die Debatte rund um eine Anschlusslösung ging derweil am Montag weiter. SPD-Chef Lars Klingbeil sprach sich auf NDR Info dafür aus, einen Nachfolger für das 9-Euro-Ticket mit einer Sondersteuer auf hohe Zusatzgewinne von Energieunternehmen zu finanzieren. Es gebe Unternehmen, die durch den russischen Krieg in der Ukraine „massive Gewinne machen, ohne dass sie auch nur einen Handschlag mehr tun“, sagte Klingbeil am Montag dem Sender. „Deswegen fordere ich, dass wir eine Übergewinnsteuer auch in Deutschland einführen.“

So würden diejenigen stärker belastet, die ohne eigenes Zutun mehr verdienen. Mit dem Geld könne die „dringend notwendige“ Nachfolge für das 9-Euro-Ticket bezahlt werden. „Dass wir dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger weiter kostengünstig den öffentlichen Nahverkehr nutzen können, das sollten wir hinkriegen“, sagte Klingbeil. „Das Geld ist da, wir müssen es nur haben wollen.“

Lindner spricht von „Gratismentalität“

Am Wochenende hatte sich Finanzminister Christian Lindner (FDP) gegen eine Finanzierung aus dem Bundeshaushalt für eine Nachfolgelösung des 9-Euro-Tickets ausgesprochen. Dafür stünden in der Finanzplanung keinerlei Mittel zur Verfügung. Der Minister sagte, er sei von einer „Gratismentalität à la bedingungsloses Grundeinkommen“ auch im Öffentlichen Nahverkehr nicht überzeugt. „Jeder Steuerzuschuss für ein nicht die Kosten deckendes Ticket bedeutet Umverteilung.“ Er halte es nicht für fair, wenn die Menschen auf dem Land, die keinen Bahnhof in der Nähe haben und auf das Auto angewiesen seien, den günstigen Nahverkehr subventionierten.

Die Aussagen des Politikers stießen zum Wochenanfang auf Kritik. „Menschen wissen nicht, wie sie über den Monat kommen sollen, Menschen sind verzweifelt, und dann von „Gratismentalität“ zu sprechen, ist eine Frechheit“, sagte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, am Montag in der Sendung „Frühstart“ von RTL/ntv. „Es wäre Aufgabe der Politik, jetzt den Personennahverkehr im ländlichen Raum auszubauen und nicht davon zu erzählen, dass es unfair wäre, wenn der eine einen Bus hat und der andere nicht.“

Derweil haben die ersten Auswertungen mehrerer Studien rund um das 9-Euro-Ticket ergeben, dass die Sonderfahrkarte zwar durchaus Wirkung zeige, aber kaum alle Hoffnungen und Ziele erfüllen könne. „Aus den bisherigen Untersuchungen lässt sich nur ein leichter Verlagerungseffekt von der Straße auf den Öffentlichen Verkehr von bestenfalls zwei bis drei Prozent erkennen“, sagt etwa Christian Böttger, Bahn-Experte an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW).

Das deckt sich mit ersten Ergebnissen einer Studie aus dem Großraum München, die unter anderem die Bewegungsdaten Hunderter Teilnehmer auswertet. Sie kam zum Schluss, dass 35 Prozent der Probanden häufiger mit Bus und Bahn fuhren - aber nur 3 Prozent ihr eigenes Fahrzeug seltener nutzten. Fachleute warnten allerdings, dass die Datenlage nach wie vor sehr dünn sei. Für endgültige Schlüsse sei es noch zu früh.